



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Kanzlerkrisis.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Kanzlerkrisis.



eit ich Ihnen das letztemal schrieb, hat die Situation ein andres, erheblich ernsteres Gesicht angenommen. Die Erfolge der extremen liberalen Parteien erscheinen jetzt, wo die Ergebnisse der Stichwahlen sich genau überschauen lassen, größer, die Verluste der Mittelparteien schmerzlicher als vor acht Tagen. Der Entschluß des Kanzlers, zurückzutreten und andern das Regieren mit einer Minorität zu überlassen, ist als feststehend anzusehen — das heißt für den Fall, daß sich kühne und selbstbewußte Politiker finden, die auf den Zuruf: „Da habt ihr's, nun regiert!“ das Steuerruder zu ergreifen und ihr Heil zu versuchen bereit sind.

Die Mittelparteien der Freiconservativen und der Nationalliberalen haben zusammen 40 Sitze verloren, die erstern alle ihre Führer. Die Fortschrittspartei hat 28, die ihr nahe verwandte Gruppe der SeceSSIONisten 23 Mandate erobert. Die Gruppen Schauß-Bölk und Löwe-Berger sind ganz verschwunden. Der Reichstag wird 57 Deutsch- und 25 Freiconservative, 98 Mitglieder des Centrum's, 9 welfisch Gesinnte, die bei letztem hospitiren, 47 Nationalliberale, 45 SeceSSIONisten, 56 Fortschrittsleute, 8 Angehörige der radical-particularistischen Volkspartei Süddeutschlands, 6 Liberale von unbestimmter Färbung, 13 Socialdemokraten, 16 Polen, 15 elsäß-lothringische Protestler und 2 Dänen aufweisen. Angesichts dieser Zahlen ist nicht nur die aus Conservativen und gemäßigten Liberalen zusammengesetzte Regierungsmehrheit unmöglich geworden, auf die man vor den Wahlen hoffen konnte, sondern auch die Combination der conservativen Parteien mit dem Centrum zu einer solchen Majorität, die man noch vor einigen Tagen für möglich hielt. Denn zu einer derartigen Mehrheit würden 199 Stimmen gehören, die Zusammenzählung derjenigen des Centrum's mit denen der beiden conservativen Fractionen ergiebt aber nur 180.

Dazu kommen aber noch andre Umstände. Die Conservativen beider Gruppen und das Centrum sind bis jetzt keineswegs in allen ihren Mitgliedern derartig unter einen Hut zu bringen, daß sie zusammen für positive Schöpfungen der Gesetzgebung zu verwenden wären. Die mit Hilfe des Centrums erfolgte Wahl eines Conservativen zum ersten Präsidenten des Reichstags und die des zweiten beweisen nichts dagegen. Grundsätzlich und dauernd mit dem Centrum zusammengehen würden schwerlich viel mehr als 50 Conservative, und das gäbe eine Coalition von nur 150 Abgeordneten, denen ungefähr ebenso viele Mitglieder der drei liberalen Fractionen des Reichstags gegenüberstehen würden. Weder die eine dieser beiden großen Hälften der Majorität noch die andre ist in allen oder auch nur in den wesentlichsten Punkten einer und derselben Meinung. Auch das Centrum ist nur in den kirchenpolitischen Fragen vollkommen einig. In Betreff der concreten Vorlagen der Legislation würde es sich vermuthlich ebenso spalten wie in der letzten Session. Namentlich würde die große Mehrheit der Klerikalen wahrscheinlich sich gegen den sogenannten Staatssocialismus des Kanzlers und gegen das Tabaksmonopol aussprechen, für die auch ein Theil der Conservativen schwerlich zu gewinnen sein würde. So erscheint aber der Plan, durch Zugeständnisse an das Centrum, die bis jetzt versagt wurden, eine klerikal-conservative Coalition zur Durchsetzung der Reformvorschlüge der Regierung zu schaffen, in doppelter Beziehung bis auf weiteres aussichtslos.

Nach dieser Lage der Dinge legten sich in den letzten Tagen gemäßigtere liberale Politiker die nächste Zukunft folgendermaßen zurecht. Für seine socialen Reformen in ihrer bisherigen Gestalt und für das Tabaksmonopol stehen dem Kanzler im günstigsten Falle nicht mehr als etwa 70 Stimmen zur Verfügung, und er weiß das und hofft auf keine Verständigung mehr mit den Ultramontanen, die ihm nach dieser Richtung hin freie Bahn machen könnte. Er wird daher eine solche Verständigung nicht versuchen. „Für langsame und vorsichtige Einführung seiner socialen Pläne unter Aufhebung des Tabaksmonopols und der Staatszuschüsse aber hat der Kanzler heute bereits eine große Mehrheit aus Conservativen, Freiconservativen, Centrumsleuten, Nationalliberalen und SeceSSIONisten, also nahezu aus dem ganzen Hause. . . . Für den dritten noch möglichen Fall, daß zunächst äußerlich ein Stillstand eintreten wird, während dessen die socialen Reformpläne neuerdings studirt und in vielen Dingen abgeändert werden müssen, steht eine Zeit rein geschäftsmäßiger Sessionen bevor. Und da werden es bei den einzelnen Fragen des Budgets und der innern Verwaltung fast durchweg die Liberalen mit den Conservativen sein, die gegen das Centrum und die Extremen für die Regierung im nationalen Geiste stimmen werden. Das ist die Lage im neuen Reichstage. Wie steht ihr nun der Reichskanzler gegenüber? Ohne gewillt zu sein, und ohne von den vernünftigen und gemäßigten Politikern bei unsrer seltsamen innern Lage überhaupt dazu gedrängt oder auch nur ermuntert zu werden, im gewöhnlichen schablonen-

haften Sinne »constitutionell,« d. h. nach der jeweiligen Kammermajorität, zu regieren, dürfte er doch der Ansicht zuneigen, daß es ihn in eine schiefe Stellung zum Reichstag und schließlich zum Volke bringen müßte, wenn er seine Umgebung ausschließlich aus den Reihen der Conservativen wählte. Denn diese sind nun einmal von den drei großen Reichstagsgruppen die kleinste. Mit andern Worten: wir vermuthen, daß der Reichskanzler einige Ministerien oder doch mindestens einige hohe Vertrauensposten in seiner Umgebung mit neuen Männern besetzen werde, die ihm andre Stimmung, andern Wind aus dem Lande zubringen könnten als den bisherigen conservativen Hauch, von dem ihm wohl allzuviel berichtet wurde, und der allzusehnell verflog, statt zu der gehofften kräftigen Brise anzuschwellen, mit welcher er das Staatsschiff auf die See der Socialpolitik hätte treiben lassen können. Daß der Reichskanzler neue Männer um seine Person berufen werde, entsprechend der unerwartet im Reichstage zum Ausdruck gekommenen Stimmung im Lande, schien uns auch aus der Aeußerung eines regierungsfreundlichen Blattes hervorzugehen, er berathe mit dem Kaiser, um die durch die Wahlen geschaffene Logik seinerseits durch Thatfachen zu erhärten. Es geht das aber auch klar und unzweideutig hervor aus den Nachrichten, wonach der Kaiser seinen Kanzler ermächtigt hat, der Zusammensetzung des neuen Reichstags entsprechend neue Minister neben sich zu berufen.“

Wir sagten uns in Betreff dieses Raisonnements folgendes. Vom Staatszuschuß zu der Arbeiterversicherung wird der Kanzler nicht abgehen, und ebenso wenig wird er das Tabaksmonopol aus seiner Berechnung streichen. Jener ist nöthig, weil die Arbeiter nicht bloß versorgt werden, sondern den Staat als Versorger, als Abhelfer ihrer Noth, als Sichersteller ihrer Zukunft kennen lernen und fortan werth halten sollen. Das Monopol allein aber kann die Mittel zu solcher Versorgung liefern. Die Conservativen sind allerdings durch die Wahlen zur kleinsten der drei großen Gruppen im Reichstage geworden. Wenn aber den Liberalen daraus, daß sie zahlreicher sind, ein Anspruch auf Besetzung von Ministerposten erwachsen sein soll, so verlangen Logik und Billigkeit, daß man der zahlreichsten Gruppe mindestens denselben Anspruch zuerkennt, und diese zahlreichste ist das Centrum; denn an einen festen Zusammenschluß der drei liberalen Fractionen zu einer großen liberalen Partei ist im Ernste nicht zu denken. Die Fortschrittspartei und wahrscheinlich auch die SeceSSIONisten werden bei den meisten Actionen getrennt von den Nationalliberalen marschiren. Das Ministerium, welches sich die oben zum Worte gekommene Stimme denkt, würde ein Coalitionsministerium sein, ein Conglomerat aus Conservativen und Liberalen, das den Zwiespalt und die Zerfahrenheit der Reichstagsparteien in die unmittelbare Umgebung des Kanzlers, gleichsam in sein Haus und sein Zimmer verpflanzte. Zu allen Zeiten hat dieser ein homogenes Ministerium gewünscht und erstrebt, und jetzt soll er sich von freien Stücken Collegen attachiren, die das

Gegentheil von dem repräsentiren, und die nach den preussischen Einrichtungen nicht unter ihm dienen, sondern neben ihm die Opposition repräsentiren würden. Ein Coalitionsministerium und Fürst Bismarck ist ebenso undenkbar wie ein Gang nach Canossa und Fürst Bismarck. Würde es dennoch möglich, so könnte es keine vier Wochen Bestand haben.

Wie faßt der Reichskanzler in Wahrheit die Lage auf, und wie denkt er auf Grund dieser Auffassung zu verfahren? Ich habe Ursache, zu glauben, daß er die Sache ungefähr folgendermaßen betrachtet.

Durch die Wahl ist das Centrum der Scheibe nach links verschoben. Das secessionistisch-fortschrittliche Judenthum mit seinem Gelde ist von großen Massen der Wähler mir vorgezogen worden, es ist jetzt der Mittelpunkt geworden. Unverstand und Undank regieren weite Kreise des Volkes. Die Wahlen haben bewiesen, daß der deutsche Philister noch lebt, daß der Köder der Phrase und Lüge ihn noch verlockt. Er will nichts vom Schutze der nationalen Arbeit, nichts von der Unfall- und Altersversicherung der Arbeiter mit staatlicher Beihilfe wissen, er will keine Erleichterung der Steuerlast der Gemeinden in Schul- und Armensachen, er will wieder Zuschläge zur directen Steuer. Sie können das haben, aber nicht von mir. Ob man sich darüber klar ist, ist gleichgiltig. Ich muß eine zuverlässige Majorität zum Regieren haben, und ich finde sie nicht. Es wäre wohl mit einer Vereinigung der Merkitalen und der Conservativen gegangen, aber das Centrum ist bei den Wahlen überall gegen uns gewesen, und es ist kein Verlaß auf sie. Alle Parteien schießen auf mich, betrachten mich als Kugelfang. Alle Angriffe gelten zunächst meiner Person. Ich soll eine Reaction wollen, ein Junker sein, der das Gesicht der alten feudalen Zeit zugewendet hält. In jeder Weise bin ich angefeindet, verkleinert und verdächtigt worden, besonders aber nach dieser Richtung hin. Man hat den Leuten vorgespiegelt, daß mein Getreidezoll dem Arbeiter das Brot vertheuere, daß das Tabaksmonopol bewirken werde, daß das Pfund Tabak drei bis fünf Mark koste, man hat in ländlichen Districten die Erinnerungen an die Vergangenheit, an die Junkerherrschaft wachgerufen und den Leuten gesagt, ich wolle dahin zurück. Die alten Jagdfrohnden, das jus primae noctis sogar haben herhalten müssen, um den Emiffären des Fortschritts die Verhegung zu erleichtern, und die Leichtgläubigkeit des Volkes hat den Unsinn für baare Münze hingenommen. So in Holstein, in Lauenburg, wo die dänischen Könige einem Zustand das Leben gefristet hatten, der das reine Mittelalter war. Die Junker herrschten, hatten den Elephantenorden auf der Brust sitzen und aßen das Fett des Landes. Sie thaten nichts und konnten nichts und hatten dafür Einnahmen bis zu zehntausend Thalern jährlich. Sie schrieben sich reichliche Sporteln gut und legten schwere Brücken auf; die Leute in ihrem Bann mußten das ungenießbare Bier trinken, das auf ihren Gütern gebraut wurde, und kein Mensch konnte im Herzogthume Land erwerben, weil sie nicht wollten, daß mehr als zweitausend Seelen

auf der Quadratmeile lebten. An diese Mißregierung erinnert sich der kleine Mann noch, und damit wurden sie von den Aposteln des Fortschritts und der Seceßion gefaßt und vor mir gewarnt, und doch bin ichs gerade, ich allein, der dem Kaiser gerathen hat, diesen Zuständen trotz dem Widerstreben der Junkerpartei ein Ende zu machen.

Die solche und andre Wahllügen predigten, glauben aber selbst nicht daran. Sie hassen mich, weil ich ein Junker bin und kein Professor, weil ich seit zwanzig Jahren Minister bin und ihnen das zu lange gedauert hat. Ich bin als Junker geboren, aber meine Politik war, so lange ich dem König als Minister diene, niemals eine Junkerpolitik. Ich bin auch nicht conservativ im Sinne der conservativen Partei. Das hat man bei vielen Gelegenheiten beobachten können, z. B. bei dem Streit über das Schulaufsichtsgesetz, wo sie mich verließen, mich mieden und mich mit Verleumdung anfeindeten. Ich bin in erster Linie Royalist, dann ein guter Preuße und ein guter Deutscher. Dafür legt meine ganze Vergangenheit Zeugniß ab. . . . Jetzt benutzt man meine Anhänglichkeit an den Kaiser, mein entschlossenes Pflichtgefühl ihm gegenüber, mich weiter zu verdächtigen. Ich soll es mit meinem Rücktritt nicht ernsthaft meinen, den oder jenen Zweck mit dessen Ankündigung verfolgen, das Regieren soll mir ans Herz gewachsen sein u. dgl. m. Es kann aber anders kommen. Es kann heißen: Hier habt ihr, was ihr wollt, hier ist das Heft, greift zu und versucht, was ihr könnt. Es würde mir sehr schwer fallen, den Kaiser in seinem Alter zu verlassen. Aber ich kann meine Ueberzeugung nicht aufgeben, und ich will keine Wiederkehr der Conflictszeit. Ich verlange eine bessere Würdigung und Behandlung.

Wie der Kanzler sich daraufhin die nächste Zukunft denkt, hat uns ein kurzer Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gesagt, neben dem ein ähnlicher in der „Kölnischen Zeitung“ herging. Ich gebe erstern nach seinem Sinne wieder und berichtige dabei einen Irrthum in der Kölnerin. Nach dem genannten Berliner Blatte hat der Reichskanzler den Entschluß gefaßt, eventuell von seinem Amte zurückzutreten, ein Abschiedsgesuch aber weder schriftlich beim Kaiser eingereicht noch mündlich ausgesprochen, sondern nur um die Ermächtigung gebeten, mit den beiden Seiten der sich aus dem Centrum und den Liberalen zusammensetzenden Mehrheit darüber zu verhandeln, ob sie überhaupt vereint oder getrennt bereit sein würden, die Leitung der Reichsregierung in die Hand zu nehmen. Er glaubt hierüber eine Entscheidung provociren zu müssen, bevor er sich entschließt, sein Amt angesichts einer Majorität weiterzuführen, deren Opposition sich wesentlich im Kampfe gegen seine Person concentrirt. Sein Wunsch ist, die Verantwortung für eine von unerwünschten Krisen möglicherweise nicht freizuhaltende Minoritätsregierung nicht zu übernehmen, wenn die Gesammtheit oder eine Fraction der Majorität geneigt ist, ihrerseits das Staatsschiff in sicheren Bahnen weiter zu führen. Die Ent-

scheidung des Kaisers über diese Anträge wird erfolgen, wenn der Reichstag constituiert ist.

Nach meinen Informationen hat die „Wölnische Zeitung“ Recht, wenn sie statt des letzten Satzes sagt: „Natürlich wird man erst eine entscheidende Abstimmung im Reichstage abwarten müssen, bevor dieser festgesetzte Plan greifbar ins Leben treten kann. Auf eine bloße Wahlliste mit großentheils noch unbekanntem Namen hin kann ein so tiefgreifender Beschluß selbstverständlich nicht gefaßt werden.“

Dagegen stellt der Correspondent des rheinischen Blattes die Absicht des Kanzlers unrichtig dar, wenn er schreibt, der Fürst wolle „mit den Mitgliedern derjenigen Parteien, welche voraussichtlich eine Mehrheit zu bilden imstande sein werden, . . . darüber verhandeln, ob und unter welchen Bedingungen sie geneigt sein würden, mit ihm in die Führung der Geschäfte einzutreten. Mit ihm — so ist es nicht gemeint. Ohne ihn, nach ihm sollen die Herren, die sich getrauen, „die Leitung der Reichsregierung in die Hand nehmen.“

Mit andern Worten: Sobald eine oppositionelle Abstimmung vorliegt — setzen wir hinzu, eine bedeutende —, wird der Kanzler seine Unterhandlungen über die Bedingungen, unter denen die oppositionelle Reichstagsmehrheit in Gestalt von Vertretern ihrer Fractionen die Steuerung des Staatsschiffs übernehmen würde, falls sie überhaupt darauf einginge, beginnen. Dann wird er dem Kaiser über diese Bedingungen Bericht erstatten, und billigt dieser die Anerbietungen der Opposition, so wird der Kanzler vor einem clerikal-liberalen Coalitionsministerium zurücktreten und diesem die Weiterführung der Geschäfte überlassen. Ebenso wird verfahren werden, wenn sich ein Cabinet zusammengesetzt aus Clerikalen und Liberalen nicht bilden läßt. Dann wird erst mit den Liberalen, dann mit dem Centrum und den Conservativen oder umgekehrt verhandelt und versucht werden, aus der oder jener Hälfte der oppositionellen Majorität ein Cabinet zustande zu bringen, an welchem der Kanzler sich nicht betheiligt.

Opponiren ist leicht, verantwortlich regieren ist schwer, besonders wenn man wie die Führer der Opposition keine positiven Gedanken und Ziele hat. Eine Verständigung der Fractionen der Mehrheit, der Fortschrittsleute, Secessionisten und Nationalliberalen unter sich wird sehr schwierig sein, und ein Zusammengehen derselben mit dem Centrum scheint ein Unding. Eine clerikal-conservative Regierung ferner würde eine Minoritätsregierung sein, eine liberale ebenfalls. Keine von diesen Combinationen würde, falls sie gelänge, Aussicht auf einigen Bestand haben, und die betreffenden Herren müssen das wissen. Der Schluß, der sich daraus ergibt, bleibe den Lesern überlassen. Nur das eine sei aus dem vorigen Briefe wiederholt, daß es schwer, ja unmöglich erscheint, den Fürsten auch nur für kurze Zeit — sagen wir für eine Session — zu entbehren.

Daß der Kaiser mit seinem Kanzler vollständig übereinstimmt, mußte für

den Kenner der Verhältnisse selbstverständlich sein. Daß auch der Kronprinz die Meinung des Fürsten Bismarck theilt, darf ebenfalls mit Sicherheit angenommen werden. Die kaiserliche Botschaft, mit welcher der Reichstag eröffnet wurde, zeigt jene Uebereinstimmung aufs klarste und unzweideutigste. Von den socialpolitischen Plänen des Kanzlers heißt es darin: „Wir halten es für Unſre kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und Wir würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unſre Regierung ſichtlich geſegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtſein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgſchaften ſeines innern Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beiſtandes, auf den ſie Anſpruch haben, zu hinterlaſſen.“ Der Entwurf eines Unfallverſicherungsgesetzes wird durch eine Vorlage ergänzt werden, „welche ſich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenklaſſenweſens zur Aufgabe ſtellt.“ Weiterhin heißt es: „Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invaliſidität erwerbsunfähig werden, haben der Geſamtheit gegenüber einen begründeten Anſpruch auf ein höheres Maß ſtaatlicher Fürſorge, als ihnen biſher hat zu Theil werden können.“ Betont wird, daß der deutſche Staat „auf den ſittlichen Fundamenten des chriſtlichen Volkslebens ſteht.“ Auch das Tabakſmonopol wird mit den Worten feſtgehalten: „Die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weiſt auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirecte Reichſteuern hin, um die Regierung in den Stand zu ſetzen, dafür drückende directe Landesſteuern abzuschaffen und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuſchlägen zu Grund- und Perſonalſteuern und von andern directen Abgaben zu entlaſten. Der ſicherſte Weg hierzu liegt nach den in benachbarten Ländern gemachten Erfahrungen in der Einführung des Tabakſmonopols, über welche wir die Entſcheidung der geſetzgebenden Körper des Reiches herbeizuführen beabſichtigen.“

Das Volk weiß jetzt, was von den Vorſpiegelungen zu halten iſt, mit denen man ihm einredete, die biſherige ſociale und Steuerpolitik des Kanzlers ſei ein Ausfluß ſeiner perſönlichen Anſichten und Abſichten. Der Kaiſer iſt mit derſelben immer einverſtanden geweſen, und er hat jetzt dieſes Einverſtändniß in feierlicher und in Betreff der Arbeiterverſorgung mit ſtaatlicher Hilfe zugleich in herzlich warmer Weiſe kundgegeben. Wer jetzt die erwähnten Pläne des Kanzlers bekämpft, der wird ſich nicht beklagen dürfen, wenn man ihm vorwirft, angelegentliche Wünſche und Hoffnungen des Kaiſers zu bekämpfen.

